



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/9 - 12.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039890

Zur neuesten USA-Intervention	S. 1
Rom, Athen und Belgrad (Zur Griechenlandreise de Gasperis)	S. 3
Der Mittelstand und die soziale Marktwirtschaft	S. 5
Gefährdete Wiedergutmachung an Israel ?	S. 6

Was kann man für sein Geld verlangen ?

(sp) Deutschlands Lage in Westeuropa und im großen weltpolitischen Ost-West-Streit ist nicht mit der irgendeines anderen Landes der westlichen Welt zu vergleichen. Dies ist der Fall, weil ein Teil Deutschlands, in dem nicht weniger als 18 Millionen Menschen leben, gewaltsam vom Westen getrennt leben muß. Leider wird diese Tatsache vor allem auch in den verschiedenen amerikanischen Stellungnahmen, die auf beschleunigte Ratifikation der Westverträge drängen, nicht erwähnt. Es ist immer nur die Rede, was Deutschland (und gemeint ist damit die Bundesrepublik) zu tun habe, ohne daß gegenwärtig bleibt, daß die Bundesrepublik nicht Deutschland ist.

Soeben hat besonders massiv der Senator Wiley, als künftiger Vorsitzender des Außenpolitischen Senatsausschusses eine wichtige Persönlichkeit, interveniert. "Wenn Frankreich und Deutschland die Ratifikation der Verträge noch länger hinauszögern" - so hat er gesagt - "müssen sie mit einer Kürzung der amerikanischen Auslandshilfe rechnen". Abgesehen davon, daß solche Abstriche ohnehin für das kommende Wirtschaftsjahr angekündigt worden sind, ergibt sich die Frage, ob diese Drohung geeignet ist, wirklich im Sinne einer besseren Europagesinnung und Europapraxis

der Hauptbeteiligten zu wirken, an der doch der amerikanischen Politik entscheidend liegt.

Natürlich kann man für sein Geld etwas verlangen, das ist überall in der Welt so. Aber ebenso selbstverständlich hat das seine Grenzen. Das Vertragswerk (EVG - und Generalvertrag) ist nach sozialdemokratischer Auffassung für die Wiedervereinigung Deutschlands eine außerordentliche Erschwerung, wenn es sie nicht überhaupt verhindert. Die Einwände gegen diese These sind umso schwächer, als niemand von amerikanischer oder deutscher Regierungsseite bisher hat sagen können, wie durch das Inkrafttreten der Verträge eine Wiedervereinigung auf friedlichem Wege möglich gemacht werden kann. Nach Meinung der SPD bedeutet also die Zustimmung zu den Verträgen in diesem Augenblick den Verzicht auf eine einigermaßen aussichtsreiche Position in allen politischen Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Dieser Verzicht kann nicht durch einige Milliarden Dollar erkaufte werden, - ebenso wenig wie die Aufstellung von deutschen Soldaten in der Position eines nicht gleichberechtigten Partners.

Die amerikanische Hilfe in den Jahren nach dem Kriege war eine gute und große Sache. Sie wurde umso dankbarer angenommen, weil sie nicht nur den Interessen des Gebers selbst entsprach, sondern auch aus einer wirklich großzügigen Gesinnung kam. Das große moralische Gewicht des Marshall-Planes lag gerade darin, daß er nicht an politische Bedingungen geknüpft war. Es ist schon hunderte Male gesagt worden, daß materielle Zuwendungen überall dort einen sehr schlechten Beigeschmack bekommen, wo daran solche politischen Bedingungen geknüpft werden, zumal dann, wenn sie, wie es im Falle der Bundesrepublik zutrifft, Lebensfragen der Nation betreffen.

Es ist sehr freundlich, wenn die "Stimme Amerikas" feststellte: "Wir haben nämlich in dieser Auseinandersetzung nicht vergessen, daß die große Mehrzahl der Gegner des EVG-Vertrages in Frankreich und Deutschland gute Demokraten und unsere Freunde sind". Aber diese Feststellung reicht nicht aus. Dieselbe amerikanische Stelle sagt etwas später, die Zusammenarbeit der freien Welt sei ohne die aktivste Mitarbeit Amerikas undenkbar. Das ist richtig. Aber ebenso wenig kann Amerika auf das westeuropäische Potential verzichten. Dies gilt in erster Linie für die Wirtschaft. Daß die Stahlproduktion der westeuropäischen Staaten heute bereits wieder weit über der der Sowjetunion liegt, ist sicher auch für die USA eine außerordentlich bedeutsame, ja entscheidende Tatsache.

Unabhängig davon - wenn man in den beiden wichtigsten Staaten einer künftigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft schließlich zu der Auffassung kommen sollte, die gegenwärtige Organisationsform dieser Gemeinschaft sei nicht die richtige, und man infolgedessen nach neuen Formen suchen sollte, dann wird man diesen Wunsch auch in den USA nicht einfach übergehen können, nur weil man selbst in diesen Dingen anderer Ansicht ist. Die Zeit dränge aber, sagt man. Jede ernsthafte Untersuchung über diese Frage kommt zu einem anderen Ergebnis, dem nämlich, daß das Endrisiko für die sowjetische Führung nicht erst seit heute, sondern seit etwa einem Jahr so groß ist, daß sie von sich aus nicht gewillt sein dürfte, eine bewaffnete Auseinandersetzung auszulösen. Die Gefahr ist damit gewiß nicht für alle Zeit beseitigt, aber sie ist nicht akut, selbst wenn man diesen Begriff einigermaßen großzügig auslegt.

De Gasperi in Athen

v. sch. - Rom

Einer Einladung folgend, die schon einige Monate zurückliegt und übrigens von einer politisch etwas anders eingestellten griechischen Regierung ausging, hat jetzt der italienische Ministerpräsident de Gasperi Athen besucht. Die Beziehungen zwischen Griechenland und Italien sind seit Kriegsende immer sehr freundschaftlich gewesen und die Erinnerung an den kriegerischen Überfall Griechenlands durch das Italien Mussolinis im Herbst 1940 ist beiderseits längst verblaßt. Italien hat übrigens erhebliche Entschädigungen, teils in industriellen Sachleistungen, teils auch durch die Ersetzung eines versenkten griechischen Panzerkreuzers, an Griechenland pünktlich und ohne Murren bezahlt.

Die strategische und politische Solidarität Griechenlands und Italiens im Mittelmeer liegt auf der Hand. Der Versuch Moskaus, durch einen teils kalten, teils heißen Krieg ein kommunistisches Regime in Griechenland aufzurichten, bedrohte in den ersten Nachkriegsjahren die Lebensinteressen Italiens mindestens ebenso sehr wie die Englands und des Westens überhaupt. Wenn man bedenkt, was allein die Festsetzung Rußlands im kleinen Albanien für Kopfschmerzen der westlichen Welt verursacht, so kann man ungefähr ermessen, was ein Erfolg des kommunistischen Krieges in Macedonien für die Lage im östlichen Mittelmeer und an der Adria bedeutet hätte.

Griechenland und die Türkei sind vor etwas über einem Jahr in den Atlantik-Pakt einbezogen worden, und Italien hat diese Entwicklung vorbehaltlos gefördert. Inzwischen ist in diesem Teil des Balkans eine förmliche Allianz zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien im Werden. Steht Italien dieser Weiterentwicklung ebenso vorbehaltlos zustimmend gegenüber?

Wie in allen Problemen, die Jugoslawien und seine Zusammenarbeit

mit der westlichen Welt berühren, nimmt Italien eine Sonderstellung ein. Es betrachtet diese Fragen mit gemischten Gefühlen, wobei das Herz und der Verstand bisher nicht in Einklang zu bringen waren. Der gesunde Menschenverstand gebietet den Italiern, sich über jede Verstärkung der militärischen Position Jugoslawiens, über jede Festigung der strategischen Lage in Südosteuropa unter Mitwirkung Jugoslawiens gegenüber dem potentiellen gemeinsamen Gegner zu freuen. Aber das italienische Nationalgefühl erhebt gegen die Tito-Republik immer wieder und bei jedem Anlaß den Einwand, daß, solange die "offene Wunde von Triest" nicht geheilt ist, von einer politischen oder gar militärischen Zusammenarbeit zwischen Italien und Jugoslawien gar keine Rede sein könne.

Bei aller Sympathie, die Italien in Washington und London genießt und bei aller Anerkennung, die man dort dem italienischen Standpunkt in der Triester Frage grundsätzlich entgegenbringt, geht diese negative und sogar obstruktionistische Haltung Italiens Jugoslawien gegenüber schon seit geraumer Zeit reichlich an die Nerven. De Gasperi würde sich diese Sympathien in gefährlicher Weise verscherzen, wenn er versuchen würde, in die geplante militärische Allianz zwischen Belgrad Athen und Ankara störend oder auch nur bremsend einzugreifen. Der italienische Ministerpräsident ist auch viel zu klug und viel zu realpolitisch, um auch nur einen solchen Versuch zu unternehmen.

Andererseits ist es für Italien klar, daß, wenn es bisher nicht gelungen ist, Tito zu größerem Entgegenkommen in der Triester Frage zu bewegen, er sich erst recht harthörig verhalten wird, wenn er erst als Mitglied dieser Dreier-Allianz auf dem Balkan oder gar später als voll gültiges Mitglied des Atlantik-Paktes in die Verteidigungsfront des Westens eingegliedert ist. Der italienische Ministerpräsident dürfte daher in Athen - wie bei Gesprächen, die er kürzlich in Rom mit dem durchreisenden türkischen Außenminister Köprülü geführt hat - bemüht gewesen sein, die neuen Partner Jugoslawiens zu ersuchen, dem jugoslawischen Diktator gütlich zuzureden. Ob aber Athen und Ankara dabei mehr Glück haben werden als bisher London und Washington, ist zweifelhaft.

Erhards "Aufstockungs"-Manöver

Was sagt die mittelständische Wirtschaft ?

- 0 - Die mittelständische Wirtschaft beklagt seit langem das fast völlige Ausbleiben finanzieller Hilfsmaßnahmen in Form von mittel- und langfristigen Krediten für Investitionszwecke. Nun hat Prof. Erhard Anfang Dezember dem Präsidenten der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Hans Schmitz, Richtlinien zur Durchführung einer Kreditaktion für den mittelständischen Handel überreicht, aus denen hervorgeht, daß die Bundesregierung für den Einzelhandel 3 Mio (!) DM aus ERP-Mitteln zur Verfügung stellen will und weitere 9 Mio DM Aufstockungsbeträge durch Sparkassen- und Genossenschaftskreditinstitute bereitstellen.

Diese weiß Gott nicht imponierenden Zahlen wurden von der Regierungspresse als der Beginn einer großzügigen Kreditaktion für den Mittelstand begrüßt. Aber der Pressedienst des deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e.V., Wiesbaden, wies schon am 16.12. darauf hin, daß die Bundesregierung ja in Wirklichkeit nur 3 Mio DM zur Verfügung stellen will, zu denen eventuell noch eine weitere Million aus STEEG-Mitteln kommen soll. Die an dieser Aktion beteiligten Kreditinstitute, Volksbanken und Sparkassen sollen diesen Regierungsbetrag "aufstocken", d.h. sie müssen zusätzlich zu jeder vom Staat gegebenen Million drei weitere Millionen aus eigenen Mitteln und zu den gleichen Bedingungen an den Einzelhandel ausleihen. Diese "Aufstockung" ergibt insofern ein falsches Bild - erklärt der Genossenschaftsverband weiter - als dem Mittelstand bei der völlig mittelständischen Struktur der Volksbanken die von ihnen aufzustockenden Kredite dem Mittelstand sowieso gegeben worden wären. Es fände also höchstens eine Verlagerung zum Einzelhandel statt, wobei auch das im Volksbanksektor noch fraglich sei, da bei ihm der Einzelhandel mit 41,5% aller Kredite weitaus an der Spitze aller Kreditnehmer stehe.

Der gleiche Dreh mit der "Aufstockung" wird im übrigen auch bei

der Bereitstellung von Investitionskrediten für das Handwerk durch-
exerziert, wo die Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Betrag von
9 Mio DM, der aus ERP-Mitteln genommen werden soll, mit 50%, d.h. also
mit 4,5 Mio DM "aufstocken" muß.

Trotz dieser Erfahrungen sind die großen Verbände der mittelstän-
dischen Wirtschaft, zu denen auch der Deutsche Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch) e.V. gehört, nicht bereit, aus der Diskrepanz von
Theorie und Praxis der Erhard'schen Wirtschaftspolitik die einzig mög-
liche Konsequenz zu ziehen. Es ist schon sehr merkwürdig, daß eine so
bedeutende Organisation der mittelständischen Wirtschaft, die eben
noch auf das rein Propagandistische Erhard'scher Erklärungen aufmerksam
macht, in gleichem Atemzuge ihre Mitglieder in einer Buchbesprechung
für Dr. Muthesius "Müssen wir arm bleiben", für eben diesen Schwindel
zu erwärmen sucht und dabei auch noch durch den Hinweis auf die kom-
mende Bundestagswahl den Boden parteipolitischer Neutralität verläßt.
So wird dem Mittelstand niemals geholfen werden. Die kommende Bundes-
tagswahl wird in der Tat weitgehend über die Existenz der mittelstän-
dischen Wirtschaft in Deutschland entscheiden.

+ + +

Das Ansehen der Bundesrepublik steht auf dem Spiel

(sp) Um die bisher positivste politisch-ethische Entscheidung der
Deutschen Bundesrepublik, das Wiedergutmachungs-Abkommen mit Israel,
ist es still geworden. Eine Ratifizierung durch den Bundestag des in
Den Haag abgeschlossenen Abkommens war noch für November letzten Jah-
res vorgesehen, bisher ist nicht einmal die erste Lesung der Vertrags-
texte, geschweige denn deren Beratung in den zuständigen Ausschüssen
erfolgt. Nach den in Den Haag getroffenen Vereinbarungen sollte die
erste Ratenzahlung in Waren ab 1. April laufen. Die israelitische Wirt-
schaft hat sich darauf eingestellt, die vorgesehenen Warenlieferungen
bildeten einen festen Bestandteil des Haushaltes von Israel. Das

Ausbleiben der Lieferungen würde das Land, das in einer schweren Wiederaufbaukrise steckt, erheblich treffen, aber noch verheerender wäre der Schlag gegen das moralische Ansehen der jungen Bundesrepublik. Ihr Wert als internationaler Vertragspartner, das Vertrauen zu deutschen Unterschriften und Zusagen stehen auf dem Spiel.

Man kann nicht sagen, daß die deutsche Diplomatie der Nachkriegszeit die mit dem empfindlichen Komplex der Wiedergutmachung zusammenhängenden Fragen mit besonderer Meisterschaft und Einfühlungsvermögen behandelt hat. Die Rückwirkung auf die arabische Welt war vorauszusehen. Das Außenministerium hat es jedoch versäumt, die arabische Öffentlichkeit über die innere und äußere Notwendigkeit der Wiedergutmachung an Israel aufzuklären. Herr Staatssekretär Hallstein sagte sogar einmal zu einem arabischen Delegationsführer, das Abkommen habe unter dem Druck Israels und anderer Staaten abgeschlossen werden müssen - Grund genug für die arabischen Staaten, nun ihrerseits mit Gegendruck einzusetzen, in der - wir wollen hoffen vergeblichen Erwartung - die Bundesrepublik in dieser Frage zum Nachgeben zu zwingen. In einflußreichen deutschen Wirtschaftskreisen stießen diese arabischen Bestrebungen auf Wohlwollen und offene Unterstützung. Die Auffassungen der arabischen Delegation fanden in einem Großteil der deutschen Presse auffallend viel Gehör und von der Pflicht zur Wiedergutmachung ist nun keine Rede mehr ...

Das ist ein beschämendes Kapitel. Es liegt nun ausschließlich an der Bundesregierung, durch die Tat zu beweisen, daß sie eingegangene Verpflichtungen höher stellt als die Berücksichtigung von Sonderinteressen. Das Ansehen der Bundesrepublik verlangt die Vorlage der Verträge an das Parlament - ohne Aufschub und innere Vorbehalte.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau